


Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung am 01.06.2016

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 244, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:05 Uhr
Ende:	18:34 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiterin:	Frau Rothe-Beinlich
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Dringliche Angelegenheiten	
3.1.	Richtlinie der Landeshauptstadt Erfurt über die Angemessenheit der Aufwendungen der Kosten für Unterkunft und Heizung BE: Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit	1103/16
4.	Informationen	
4.1.	Vorstellung der Programme zur Integration von Flücht-	

lingen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt
BE: Vertreter Agentur für Arbeit, Vertreter Job-Center

5. Festlegungen des Ausschusses
- 5.1. Vertagung aus der Sitzung SAG vom 18.05.20216 **0518/16**
Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des SAG vom 09.03.2016, TOP 4.1 Selbstständige Aufstellung des Gesundheitsamtes - Prüfung der Bereitstellung des Abschlussberichtes der Projektgruppe "Perspektive Gesundheitsbereich"
BE: Leiterin Bereich Oberbürgermeister
6. Informationen
- 6.1. Erfurter Mietspiegel 2014: Verlängerung der Gültigkeit bis 31.12.2017 **0438/16**
BE: Leiter Amt für Soziales und Gesundheit
- 6.2. Alter Baumarkt Linderbach **0993/16**
BE: Frau Tillmann, Fraktion CDU
hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur
- 6.3. Information zur aktuellen Situation der Flüchtlingsunterbringung (mdl.)
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur
- 6.4. Sonstige Informationen

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung und stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Es lag folgender Antrag zur Änderung der Tagesordnung vor:

° Zusätzliche Aufnahme der Drucksache 1103/16 – Information: Richtlinie der Landeshauptstadt Erfurt über die Angemessenheit der Aufwendungen der Kosten für Unterkunft und Heizung

Eine Begründung der Dringlichkeit wurde seitens der Ausschussmitglieder nicht gewünscht, daher stellte die Ausschussvorsitzende die Aufnahme der dringlichen Informationsaufforderung zur Abstimmung.

Der Aufnahme der Drucksache 1103/16 in die Tagesordnung unter TOP 3 stimmten die Ausschussmitglieder einstimmig zu.

° Der Tagesordnungspunkt 4.1 wird aufgrund der Anwesenheit der Gäste von der Agentur für Arbeit und des Jobcenters vor dem TOP 3 behandelt.

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, zeigte ihr Unverständnis und erinnerte an vorangegangene Sitzungen des Ausschusses, in welchem seitens der Verwaltung eben dieser Bericht angekündigt wurde.

Frau Thierbach verwies auf die alleinige Zuständigkeit des Oberbürgermeisters in der Sache. Der Bericht wird daher nicht weitergeben, so Frau Thierbach. Sollten sich jedoch im Ergebnis der Entscheidung des Oberbürgermeisters organisatorische Veränderungen in der benannten Struktureinheit ergeben, wird der Ausschuss hierüber im Nachgang informiert.

Frau Rothe-Beinlich hielt fest, dass seit 3 Monaten der Punkt auf der Tagesordnung des Ausschusses Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung steht. Unterstrichen wurde das Unverständnis der Ausschussmitglieder.

Da aber kein Bericht vorgelegt wurde, über den diskutiert werden könnte, wurde der Antrag der Bürgermeisterin und Beigeordneten für Soziales, Bildung und Kultur um Vertagung abgestimmt.

Die Ausschussmitglieder stimmten einstimmig für die Vertagung, betrachten aber die Angelegenheit nicht als erledigt! Der TOP wird in der nächsten Sitzung erneut aufgerufen.

3. Dringliche Angelegenheiten

- 3.1. Richtlinie der Landeshauptstadt Erfurt über die Angemessenheit der Aufwendungen der Kosten für Unterkunft und Heizung** 1103/16
BE: Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit

Der Tagesordnungspunkt wurde nach dem TOP 4.1. behandelt.

Durch den Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit gab es kurze Ausführungen zur Drucksache.

Er verwies auf die Drucksache 1130/15 *Richtlinie der Landeshauptstadt Erfurt über die Angemessenheit der Aufwendungen der Kosten für Unterkunft und Heizung nach SGB II und SGB XII mit "Schlüssigem Konzept"*, welche den Ausschussmitgliedern Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung am 10.06.2015 zur Kenntnisnahme übergeben wurde und alle 4 Jahre aktualisiert wird.

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, stellte fest, dass die heute vorliegende Drucksache der Rechtssicherheit dient.

Es gab keinen weiteren Erläuterungsbedarf und keine Nachfragen seitens der Ausschussmitglieder.

zur Kenntnis genommen

4. Informationen

- 4.1. Vorstellung der Programme zur Integration von Flüchtlingen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt**
BE: Vertreter Agentur für Arbeit, Vertreter Job-Center

Die Behandlung des Tagesordnungspunktes erfolgte direkt vor TOP 3.

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, begrüßte die zu diesem TOP anwesenden Vertreter der Agentur für Arbeit und des Job-Centers. Beiden wurde das Rederecht erteilt.

Durch die Fachkoordinatorin für Flüchtlinge bei der Agentur für Arbeit gab es detaillierte Ausführungen über die Programme zur Integration von Flüchtlingen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.

Sie führte zu folgenden Schwerpunkten aus:

- Rahmenbedingungen,
- Zuständigkeiten richten sich nach Aufenthaltsstatus,
- Verantwortung der Bundesagentur für Arbeit im Asylprozess,
- Entwicklung gemeldeter Personen aus den Asylzugangsländern,
- Übersicht Asylzugangsländer bei der Agentur für Arbeit Erfurt,
- SV-pflichtige Beschäftigte Asylzugangsländer – Erfurt,
- aktueller Sachstand für die Deutsch Einstiegsurse,
- Programm zur Integration von Flüchtlingen in Arbeit,
- Programm zur Integration von Flüchtlingen in Ausbildung,
- Arbeitsmarktmonitor und Statistikangebot,
- Online-Angebote der Bundesagentur für Arbeit zur Beschäftigung von Flüchtlingen wie z.B. www.arbeitsagentur.de/Unternehmen
- App der Bundesagentur für Arbeit "Ankommen" www.ankommenapp.de

Anschließend nahm der Vertreter des Job-Centers das Wort und erläuterte Schwerpunkte der Programme zur Integration von Flüchtlingen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.

- derzeit ca. 1000 Flüchtlinge aus 8 Haupt-Herkunftsländern in Betreuung
- Durchführung Antragsverfahren nach Leistungen des SGB II durch 4 sprachkompetente Spezialisten,
- barrierefreie Verständigung ist weitestgehend gewährleistet,
- intensive und reibungslose Zusammenarbeit zwischen dem Amt für Bildung der Stadt Erfurt, dem Job-Center und der Agentur für Arbeit,
- Teilnahme an thüringenweiten Erfahrungsaustausch,
- Erwerb sprachlicher Kompetenzen – Hauptaugenmerk!
- Teilnahme an Integrationsmaßnahmen und –kursen,
- auskömmliches Angebot an Sprachkursen in Erfurt,
- Vielzahl der Möglichkeiten zur Integration, viele Bildungsträger und Maßnahmen vorhanden,
- Angebote an berufsbezogenen Sprachkursen,
- Hinweis auf Schwierigkeiten:
 - zeitlicher Umfang der Gespräche – nicht unter 45 Minuten,
 - Zeitrahmen Fachkräftebedarf wird nicht einhaltbar sein, da mehr als ambitioniert!

Im Anschluss an die Ausführungen gab es u.a. nachfolgende Nachfragen seitens der Ausschussmitglieder:

- Herr Bauer, sachkundiger Bürger, zur prozentualen Höhe der Schulbesuche,
- Frau Rothe-Beinlich, zur Anzahl der Sprachmittler in der Agentur für Arbeit,
- Herr Kordon, CDU-Fraktion, zur Anerkennung von Schulabschlüssen,
- Herr Mroß, SPD-Fraktion, zur Durchführung weiterer Einstiegskurse, zum Personalbedarf und den Integrationskursen
- Herr Kamieth, Fraktion DIE LINKE., zur Anerkennung von Führerscheinen,

In der Beantwortung der Fragen gab es durch die anwesenden Gäste folgende Erläuterungen:

- die Einstiegskurse der Agentur für Arbeit waren eine einmalige Aktion und befristet bis zum 31.12.2015,
- die Teilnahmequote an Schulbesuchen liegt bei ca. 20 %,
- durch die Vermittler werden immer die kürzesten und am erfolgversprechendsten Wege für Integrationskurse gesucht, es gibt auch Einzelfallentscheidungen,
- es gibt keine Aufteilung der Berater für einen gewissen Anteil an Flüchtlingen in der Betreuung,
- Dolmetscher/Sprachmittler sind auskömmlich, teilweise werden von den Betroffenen eigene Dolmetscher mitgebracht,
- Anerkennung von Abschlüssen erfolgt in der Regel durch beglaubigte Kopien aus den Herkunftsländern,
- die Dauer der Integrationskurse liegt bei ca. ½ Jahr, bei Alphabetisierung ca. 15 Monate,
- Anerkennung Führerscheine – sofern diese mitgebracht werden muss der theoretische Teil der Prüfung abgelegt werden, aber ohne Sprachkompetenz nicht möglich!

Frau Rothe-Beinlich bedankte sich für die detaillierten Ausführungen und das Engagement der Vertreter der Agentur für Arbeit und des Job-Centers. Die Vertreter sagten dem Ausschuss die Zurverfügungstellung der PPP und eine Zusammenfassung des Vortrags zu. Diese sollen dem Protokoll beigelegt werden.

5. Festlegungen des Ausschusses

- 5.1. **Vertagung aus der Sitzung SAG vom 18.05.20216** 0518/16
Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des SAG vom 09.03.2016, TOP 4.1 Selbstständige Aufstellung des Gesundheitsamtes - Prüfung der Bereitstellung des Abschlussberichtes der Projektgruppe "Perspektive Gesund-

heitsbereich"
BE: Leiterin Bereich Oberbürgermeister

vertagt

6. Informationen

- 6.1. Erfurter Mietspiegel 2014: Verlängerung der Gültigkeit bis 0438/16
31.12.2017
BE: Leiter Amt für Soziales und Gesundheit

Der Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit informierte, dass durch "geschicktes Verhandeln" mit allen Partnern der Wohnungswirtschaft eine Verlängerung der Gültigkeit des Mietspiegels bis zum 31.12.2017 erzielt wurde.

Zu der vorliegenden Drucksache gab es keinen weiteren Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

zur Kenntnis genommen

- 6.2. Alter Baumarkt Linderbach 0993/16
BE: Frau Tillmann, Fraktion CDU
hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau,
Verkehr und Liegenschaften, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur

Die Stellungnahme der Stadtverwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

Herr Kordon, CDU-Fraktion, regte an, zum Vor-Ort-Termin am 21.06.2016 weitergehend zu diskutieren. Möglicherweise liegt bis zu diesem Termin auch die Änderung der Landesrichtlinie hinsichtlich Nutzungsänderung vor.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, Frau Thierbach, informierte über zurzeit laufende Verhandlungen mit dem Land. Aus dem bisherigen Entwurf der Richtlinie ist nicht ersichtlich, ob eine Umnutzung geförderter Objekte möglich sein wird.

Frau Rothe-Beinlich, Ausschussvorsitzende, informierte zum derzeit erzielten Ergebnis: Öffnung der Nutzung von Gemeinschaftsunterkünften auch für anerkannte Flüchtlinge, solange nicht ausreichend Wohnraum zur Verfügung steht. Allerdings bleibe das Ziel die dezentrale Unterbringung in Wohnungen.

Frau Thierbach informierte darüber hinaus über den anstehenden Freizug des Gebäudes der alten Geriatrie.

Frau Rothe-Beinlich, Ausschussvorsitzende, informierte zum derzeit erzielten Ergebnis: Öffnung der Nutzung von Gemeinschaftsunterkünften auch für anerkannte Flüchtlinge,

solange nicht ausreichend Wohnraum zur Verfügung steht.. Allerdings bleibe das Ziel die dezentrale Unterbringung in Wohnungen

Frau Thierbach informierte darüber hinaus über den Freizug des Gebäudes der alten Geriatrie.

Die Nutzung des Gebäudes in der Rosengasse anstelle des Gebäudes in der Braunstraße wurde bislang noch nicht genehmigt. Hier ist eine Lösung erforderlich. Ziel der Änderung der Regelung soll die Möglichkeit für die Kommunen sein, die Einrichtungen, die eine Investitions-Förderung erhalten haben, auch anderen sozial benachteiligten Personen zur Verfügung zu stellen, ohne die Fördermittel zurück zahlen zu müssen, so Frau Thierbach. Sie warb hierfür um Unterstützung durch die Vertreter in Regierungsverantwortung.

Auf die Nachfrage von Herrn Mroß, SPD-Fraktion, zur Entscheidungskompetenz antwortete die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich. Sie verwies auf die Thüringer Flüchtlingskostenerstattungsverordnung und sagte zu, das Thema in Richtung Landesregierung mitzunehmen.

zur Kenntnis genommen

6.3. Information zur aktuellen Situation der Flüchtlingsunterbringung (mdl.) BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur

Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, verwies auf die Ausführungen der Vertreter der Agentur für Arbeit und des Job-Centers. Darüber hinaus informierte sie über Projekte der Zusammenarbeit mit den Sozialarbeitern. Hierzu ist eine Broschüre in Vorbereitung.

6.4. Sonstige Informationen

Es gab keinen weiteren Informationsbedarf.

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, beendete die öffentliche Sitzung und stellte die Nichtöffentlichkeit her.

gez. Rothe-Beinlich
Vorsitzende

gez. 
Schriftführer/in